

Der Vollzugsdienst

3/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Anton Bachl begrüßt
Kombination aus
Bewährung und Arrest**

Informationsgespräch mit
MdB Sibylle Laurischk (FDP)

Seite 1

**145 zusätzlich neu
geschaffene Stellen für den
Bayerischen Justizvollzug**

Ministerin Dr. Beate Merk
verkündet erfreuliche Nachricht

Seite 19

**Finanzkrise:
Die Lage ist ernst, aber nicht
hoffnungslos**

Rahmenbedingungen für die
künftige Gewerkschaftsarbeit in NRW

Seite 44

„Vollzug in Brandenburg politisch verkauft!“



Grafik: Gerd Altmann_pixello



Lesen Sie in dieser Ausgabe im Fachteil: Kein Streikrecht für Beamte

Rahmenbedingungen für die künftige Gewerkschaftsarbeit

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos

Die Lehre aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 war, dass die menschliche Gier und der Egoismus des Individuums allgemeinverbindliche Grenzen und Regeln brauchen, wenn chaotische Verhältnisse an den Finanzmärkten dauerhaft verhindert werden sollen. Nach rund fünfzig Jahren waren die Risiken unregelter Finanzmärkte aus dem öffentlichen Bewusstsein fast gänzlich verschwunden. Neoliberale Vorstellungen gewannen in der Volkswirtschaftslehre der 1970er Jahre die Oberhand. Es setzte sich die Überzeugung durch, dass staatliche Vorschriften in vielen Bereichen der Wirtschaft mehr Schaden als Nutzen anrichten. US Präsident Ronald Reagan lockerte erstmals jene restriktiven Rahmenbedingungen, die bislang die Spekulanten an den Finanzmärkten in Zaum gehalten hatten. Per Gesetz befreite US-Präsident Bill Clinton die US-Banken 1994 gänzlich von ihren lästigen Regulierungsfesseln. Zwischenzeitlich wissen wir, dass diese Deregulierungen eine der Kernursachen der Finanzkrise waren. Sie haben die US-Immobilienblase und die folgende Weltrezession erst möglich gemacht.



Bill Clinton war Vorreiter der Deregulierung der Finanzmärkte. Per Gesetz beseitigte er die Regulierungsfesseln der US-Banken.

Für **Bill Clinton** sollte es ein historisches Ereignis werden. Er hatte TOP-Banker, Lobbyisten und Politiker in den prachtvollen Festsaal des US-Finanzministeriums geladen, um in feierlichem Rahmen das Bankenderegulierungsgesetz zu unterzeichnen. Mit diesem Gesetz beerdigte die **Regierung Clinton** jene gesetzlichen Regelungen aus den 1920er Jahren, die amerikanischen Banken bei ihren Geschäften enge Grenzen gesetzt und die Spekulation fünfzig Jahre sicher unter Kontrolle hatten. Der Präsident öffnete die „Büchse der Pandora“. „Wir räumen überflüssige, von der Regierung aufgestellte Hürden aus dem Weg“, schwärmte der Präsident damals. „Die neuen Regeln machen uns wirtschaftlich stärker und effizienter, sie sind gut für die Verbraucher“, versprach **Bill Clinton**.

Fünf Jahre später wurde auch die gesetzliche Trennung zwischen Geschäfts- und Investment-Banken, die nach der großen Depression in den 30er-Jahren eingeführt worden war, abgeschafft. Unter dem Präsidenten **George W. Bush** gestattete die US-Wertpapieraufsicht im Jahr 2004 Investmentbanken zudem, ihre Geschäfte unbegrenzt auf Kredit zu finanzieren.



George W. Bush ermöglichte es Investmentbanken, ihre Spekulationen mit Krediten zu finanzieren.



Gerhard Schröder blieb es vorbehalten, den deutschen Finanzmarkt zu entfesseln und die Risiken dem Steuerzahler zu überlassen.

Europäer folgen der Geldgier Amerikas

Dem Beispiel der Amerikaner folgten auch die Europäer. Die erste rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler **Gerhard Schröder (SPD)** vollendete das Deregulierungswerk in Deutschland. Damit war der Tisch bereitet für all jene, die den „schnellen Euro“ machen wollten. Gigantische Spekulationsgeschäfte waren an der Tagesordnung, gewaltige Gewinne

wurden generiert. Die Investmentbanker verdienten sich „dumm und duseelig“. Nachdem die Risiken der Deregulierung der Finanzmärkte in den 1980er und 1990er Jahren offenbar geworden sind, wissen wir, dass diese verfehlte Politik eine der Kernursachen der Finanzkrise war und ist.

Die exzessive Kreditvergabe in den USA, die Immobilienblase und der Beinahe-Zusammenbruch des gesamten Finanzsektors im Herbst 2008 – all dies hätte es ohne den Rückzug des Staates aus der Regulierung der Finanzmärkte so wohl nicht gegeben. Regierungen sind dem Allgemeinwohl verpflichtet. Diese Aufgabe haben sie bei der Liberalisierung der Finanzmärkte vollständig aus den Augen verloren. Sie saßen den Lobbyisten der Banken auf, die ihre Tätigkeitsfelder durch scheinbar innovative neue Finanzprodukte ausdehnen wollten, um noch größere und profitablere Geschäfte machen zu können.

Die Reformen gingen nach hinten los

Für Volkswirtschaftler steht heute fest, dass **Bill Clintons** Bankenderegulierung der zentrale Auslöser der Schulden- und Immobilienexzesse in den Vereinigten Staaten war. Die Deregulierung der Banken hat das Angebot an Hypothekenkrediten drastisch erhöht und damit die Immobilienpreise deutlich in die Höhe getrieben. Die Banken verlangten kaum noch Sicherheiten von Kreditnehmern, weil ihr finanzielles Risiko durch die permanent steigenden Immobilienpreise ausgeglichen wurde. Dies war der Nährboden, auf dem sich eine veritable Spekulationsblase auf dem US-Immobilienmarkt bilden konnte. Als sie platzte, riss sie Banken und Kreditnehmer ins Verderben. Die Entwicklung gilt als eine der wesentlichen Ursachen für die Wirtschaftskrise. Je freier Banken agieren konnten, desto großzügiger vergaben die Geldhäuser nach 1994 neue Kredite. Der Anteil der Anträge auf Hypothekendarle-

hen, die abgelehnt wurden, sank spürbar, und im Verhältnis zu ihrem Einkommen konnten sich die Menschen deutlich höher verschulden.

Der Kreditboom untergräbt Stabilität

Nach der Untersuchung der Ursachen der jüngsten Finanzkrise ist den Volkswirtschaftlern klar, dass die Immobilienpreise durch die Verfügbarkeit von Krediten nachdrücklich beeinflusst werden, und dass ein übermäßiges Leben auf Pump auf Dauer die wirtschaftliche Stabilität einer Volkswirtschaft gefährdet.

Eine exzessive Kreditvergabe destabilisiert über kurz oder lang die Wirtschaft, dies zeigt bereits ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte. **Moritz Schularick** von der „Freie Universität Berlin“ analysierte die Entwicklung von zwölf Industrieländern zwischen 1870 und 2008 und stellte fest: „Ein Boom bei Krediten ist historisch der verlässlichste Einzelindikator für Finanzkrisen.“

Bis zum Ausbruch der jüngsten Finanzkrise waren Notenbanken und die meisten Makro-Ökonomen überzeugt, dass der Entwicklung des Kreditvolumens in einer Volkswirtschaft keine besondere Bedeutung zukommt. Um ökonomische Stabilität zu sichern, brauche die Geld- und Finanzpolitik nur auf die Entwicklung der Verbraucherpreise und möglicherweise auf die Geldmenge zu schauen, waren sich fast alle Volkswirtschaftler einig. **Doch inzwischen ist klar: Das war ein teurer Irrtum.**

Lehren aus der Krise

Durch die Liberalisierung der Finanzwirtschaft ist letztlich eine Finanzkrise entstanden, die dem Steuerzahler auch in Deutschland eine horrende Last auf die Schultern gelegt hat. Allein die Bankenrettung in Deutschland ist ein wahres Milliardengrab. Die Politik ist jetzt aufgerufen, Regulierungen dieses Bereiches

vorzunehmen, die das erneute Auftreten einer solchen Krise unwahrscheinlicher macht.

Vor allem sind jene Kreise an den finanziellen Lasten überproportional zu beteiligen, die von der Deregulierung der Finanzmärkte einst so prächtig profitiert haben.

Von der Politik ist zu verlangen, dass sie Investmentbanken und institutionellen Anlegern das Spekulieren auf Kredit grundsätzlich untersagt, indem sie es gesetzlich unterbindet.

Die Größe der Spekulation

Die Spekulation mit künstlichen Finanzprodukten hat ein Volumen angenommen, das jährlich das 65-fache der weltweiten Realwirtschaft erreicht. Nach



Moritz Schularick, Freie Universität Berlin, wies nach, dass ein Kreditboom stets auch die Stabilität einer Volkswirtschaft untergräbt.

Berechnungen der „Schweizer Gewerkschaft Unia“ beträgt das Volumen der weltweiten Realwirtschaft 35.000 Mrd. Euro.

Demgegenüber beträgt das weltweite Volumen der Kreditderivate (so genannte

Credit Default Swaps) insgesamt 610.000 Mrd. Euro. Dieser Betrag entspricht damit dem 17-fachen der weltweiten Realwirtschaft. Noch dramatischer sieht das Verhältnis zwischen der Realwirtschaft und dem Weltfinanzvolumen aus. Denn den genannten 35.000 Mrd. Euro der Realwirtschaft steht ein Finanzvolumen von 2.300.000 Mrd. Euro gegenüber. Damit entspricht das weltweite „Papiervermögen“ dem 65-fachen der Realwirtschaft.

Um das Missverhältnis zwischen echter Wertschöpfung und weltweiter Finanzblase anschaulich darzustellen, soll folgender Vergleich dienen: Wenn die Realwirtschaft einem Literglas Bier beim Oktoberfest entspricht, dann entfällt auf dieses Glas bereits ein Volumen von 17 Litern an Kreditderivaten, also fast zwei Putzeimer voll. Und beim Weltfinanzvolumen wird aus einem Liter dann entsprechend gleich ein ganzer Autotank, nämlich 65 Liter.

Kein Wunder also, dass die Realwirtschaft als Folge der aberwitzigen Finanzspekulationen zusammenbrechen muss, weil die Zinsen für die hauptsächlich kreditfinanzierten Firmenübernahmen und sonstigen Spekulationen von der Realwirtschaft nicht mehr erwirtschaftet werden können.

Die Politik ist aufgefordert, dieses grobe Missverhältnis von Finanz- und Kreditvolumen zugunsten der Realwirtschaft zu verändern. Die Finanzmärkte schreien geradezu nach Regulierung.

Und dann ist da noch Griechenland

Seit offenbar geworden ist, dass sich Griechenland den Zutritt zur Euro-Zone mit manipulierten Daten erschlichen hat, wird die Politik nicht müde zu betonen, dass seinerzeit eine politische Entscheidung getroffen worden sei. Man habe das Land als Wiege der Demokratie einfach nicht außen vor lassen können. Aber



Die Investmentbank Goldman-Sachs gehörte zu den Profiteuren der deregulierten und globalisierten Finanzmärkte.



Für Stabilität und Wohlstand in Deutschland stellt die Rettung Griechenlands ein Risiko dar.



Ist der Euro zumindest verfrüht und mit den falschen Partnern eingeführt worden?

auch in den Folgejahren wurde nur unzureichend auf die Einhaltung der Maastricht-Kriterien geachtet. Stattdessen wurde Griechenland mit rund 146 Mrd. Euro aus den Strukturfonds der Europäischen Union „geflutet“.

Griechenland nutzte diese Gelder nicht, um sich konkurrenzfähig zu machen. Die Griechen gönnten sich vielmehr einen kreditfinanzierten Konsum. Die großen politischen Parteien beschenkten ihre Unterstützer und vergaben Staatsposten, ohne auch nur eine Gegenleistung zu erwarten. Kein Wunder, dass sich viele Griechen nach der Aufnahme in die Euro-Zone wie im Schlaraffenland wähnten. Jetzt wo, das „Kind in den Brunnen gefallen“ ist, soll Deutschland die Hauptlast des griechischen Zusammenbruchs tragen, obwohl „Maastricht“ dies einmal ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Eine Fiskal- und Transferunion war bei der Schaffung der Euro-Zone nicht geplant.

Die Bundesregierung ist bereits jetzt erhebliche Verpflichtungen zur Rettung Griechenlands eingegangen, die nicht unerheblich zur Begrenzung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit beitragen dürften.

Ist die Gemeinschaftswährung ein Fehler?

Zwischenzeitlich leuchtet auch der Politik ein, dass es ein gravierender Fehler gewesen sein könnte, eine Gemeinschaftswährung einzuführen, bevor die politische Einigung Europas abgeschlossen ist. Ohne eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik beinhaltet eine Gemeinschaftswährung ein erhebliches Risiko, was der Fall Griechenlands beweist. Eine Vorahnung hiervon müssen die Politiker bereits Ende der 1990er Jahre gehabt haben, weil sie den deutschen Wähler gar nicht erst darüber abstimmen ließen, ob er künftig der Zahlmeister Europas

sein wolle. Zwischenzeitlich verschärfen deutsche Politiker und Wirtschaftsfachleute den Druck auf Griechenland. Zugleich steigt auch der Druck auf die Bundesregierung, die nötige Zustimmung zum dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM und zum Fiskalpakt zu organisieren.

Klares Nein zur Vergemeinschaftung von Schulden

Gegen die Ablehnung von Euro-Bonds gibt es dagegen kaum Widerspruch. Auch Wirtschaftslenker stützen das Nein der Bundesregierung zur Vergemeinschaftung von Schulden.

Wer – wie Griechenland – als Schuldner seine Glaubwürdigkeit selbst durch Falschangaben beschädigt, handelt verantwortungslos. Diese Kritik muss auch die Europäische Kommission endlich einmal klar formulieren. Großbritannien hat man in der Griechenland-Stabilisierung bislang überhaupt nicht einbezogen – ein Fehler der Europäischen Kommission, aber auch Deutschlands. Großbritannien kann sich als Trittbrettfahrer die Problemlösungen zu Griechenland passiv anschauen – das ist unverantwortlich und unfair.

Private Gläubiger sind verstärkt miteinbeziehen

Angesichts ähnlicher Probleme in Spanien, Portugal und Irland wie in Griechenland ist ein Hilfspaket für ein einziges Land sowieso verfehlt. Die Lösung des Griechenland-Problems müsste anders aussehen: Mindestens notwendig ist ein 6-jähriges Stabilisierungsprogramm mit parallelem Kreditprogramm.

Dabei sind zwei tilgungsfreie Jahre unerlässlich, um einen ökonomischen Absturz zu vermeiden. Die privaten Gläubiger sind verstärkt in die Lösung einbeziehen, d.h. das diese einen nochmaligen Beitrag zur Problemlösung durch Forderungsverzicht leisten sollten. Aber auch reiche Griechen sollte man ihre in Sicherheit gebrachten Milliarden nicht steuerfrei genießen lassen.

Dem deutschen Steuerzahler und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die im zurückliegenden Jahrzehnt durch Einkommens- und Konsumverzicht die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft deutlich erhöht haben, ist es nicht zuzumuten, dass die Früchte dieser Anstrengungen zur Finanzierung von Misswirtschaft in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verwandt werden.

Kleine Weisheiten



Das Leben

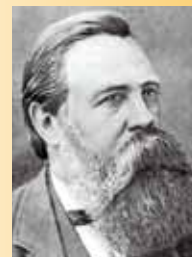
Die Hoffnung ist der Regenbogen über dem herabstürzenden jähen Bach des Lebens.

Friedrich Nietzsche (1844-1900), dt. Philosoph

Die Motivation

„Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muss durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.“

Friedrich Engels (1820-1895), deutscher Philosoph und Politiker



Der Erfolg

„Auch Erfolg wird bestraft. Die Strafe liegt darin, dass man mit Leuten zusammenkommt, die man früher meiden durfte.“

*John Updik (*1932), amerik. Schriftsteller*

Die Arbeit

„Am Schaffen ist noch keiner gestorben. Dass sie einen aus der Fabrik tragen, weil er zu viel gearbeitet hat, das habe ich noch nicht erlebt.“

Werner Niefer (1928-93), dt. Topmanager, 1989-93 Vorstandsvors. Mercedes Benz AG



Der Freund

„Die eigentliche Aufgabe eines Freundes ist, dir beizustehen, wenn du im Unrecht bist. Jedermann ist auf deiner Seite, wenn du im Recht bist.“

Mark Twain (1835-1910), eigtl. Samuel Langhorne Clemens, amerik. Schriftsteller

Zum Bericht der „Expertenkommission“:

Lasst endlich die JVA Bochum in Ruhe arbeiten!

In Abhängigkeit von der „politischen Großwetterlage“ – und das insbesondere vor Wahlen, wie kürzlich in Nordrhein-Westfalen – werden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nur zu gern für „Pannen“ verantwortlich gemacht, die sie mit großer Regelmäßigkeit nicht – oder allenfalls peripher – zu vertreten haben. Hauptsache ist, dass erst einmal Schuldige gefunden werden und die Damen und Herren Politiker sich sodann zufrieden zurücklehnen können. Sie haben ihre Aufgabe jedenfalls mit Bravour wahrgenommen und ihr Amt ist nicht beschädigt worden. Wie aber sieht es bei den Gescholtenen aus?

Der „Fall der JVA Bochum“ liefert dafür besorgniserregende Erkenntnisse. Wir haben bezüglich der im ersten Quartal dieses Jahres eingetretenen besonderen Vorkommnisse in dieser dem geschlossenen Vollzug zuzurechnenden Vollzugseinrichtung, deren Ursprung auf das Jahr 1884 zurückgeht, bereits in der Ausgabe 2/2012 unserer Fachzeitschrift *Der Vollzugsdienst* unter der Überschrift: „Was ist los in Ihrem Ressort, Herr Minister Kutschaty?“ berichtet.

Und es kam, was kommen musste. Unter Berufung auf einen „vertraulichen Bericht“ der von Justizminister **Thomas Kutschaty (SPD)** etwa 9 Wochen zuvor bestellten sechsköpfigen „Expertenkommission“ zur Aufklärung der besonderen Vorkommnisse in der JVA Bochum wurde in den Print- wie auch den Bildmedien ab 10. Mai diesen Jahres ausführlich sowohl über gravierende bauliche Mängel als auch solche in Bezug auf die sicherheitstechnische Ausstattung berichtet. Und – wohl nur zu gern – waren unterschiedliche Schuldzuweisungen gegenüber den Beschäftigten dieser Vollzugseinrichtung nachzulesen, wobei natürlich auch der Hinweis auf den suspendierten Anstaltsleiter **Friedhelm Ritter von Meißner** nicht fehlen durfte.

Dass letzterer zum Zeitpunkt seiner Suspendierung gerade mal ein Jahr lang Leiter dieser in bestimmten Traditionen und Systemen festgefahrenen großen „vollzuglichen Trutzburg“ war, hat die



Eine durch Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) eingesetzte Expertengruppe beanstandet zahlreiche Sicherheitslücken in der JVA Bochum. Obwohl das Papier in den Medien detailliert behandelt wird, haben die Betroffenen bislang offiziell keine Kenntnis vom Inhalt des Papiers.

Zunft der Berichterstatter kaum interessiert. Und das es ihm in dieser Zeit gelungen war, ein Vertrauensverhältnis zu seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen, wen kümmert das noch?

So bewerten die NRW-Medien Arbeit und Situation der JVA Bochum (auszugsweise wiedergegeben):

WZ-newsline – Westdeutsche Zeitung

Zum Bekanntwerden des als „vertraulich“ eingestuften 79-seitigen Papiers mit mehr als 100 durch die „Expertenkommission“ ausgesprochenen Empfehlungen zitiert die *WZnewsline* unter dem 11. Mai 2012 einen Vertreter des Düsseldorfer Justizministeriums u. a. wie folgt: „Da macht sich einer strafbar“. Wegen der Geheimhaltung könne das Ministerium zu einzelnen Punkten keine Stellung nehmen. Es seien aber offenbar auch ältere Versionen des Berichts im Umlauf, sagte Ministeriumssprecher **Detlef Feige**. So werde im Abschlussbericht nicht mehr vor einem Massenausbruch gewarnt. ... Die Weitergabe des Berichts kurz vor der Landtagswahl sei offenbar politisch motiviert, heißt es im Ministerium. „Den Versuch, den Zustand der An-

stalt der jetzigen Landesregierung anzulasten, könnte sich aber als Eigentümer erweisen“, sagte **Feige**. Die Sicherheitsdefizite hätten sich über Jahrzehnte summiert. Die jetzige Landesregierung habe sie aufgedeckt und bereits zu großen Teilen abgestellt.“ – Man glaubt es kaum: eine undichte Stelle im Justizministerium, und das kurz vor den Landtagswahlen! Wer betreibt da wessen Geschäft? Wurde der Bericht der „Expertenkommission“ etwa angepasst? Und was die Warnung vor einem Massenausbruch angeht: ob da die sechs „Experten“ wohl ein wenig zu viel über die Vollzugsverhältnisse in Südamerika oder andernorts gelesen haben?

RP-ONLINE - RHEINISCHE POST

Unter dem 10. Mai 2012 weiß *RP ONLINE* bereits u.a. zu berichten: „... Die Expertise, die unserer Redaktion vorliegt, kommt zu einem erschreckenden Ergebnis. Ausbrüche seien mit wenig Aufwand möglich und nur eine Frage der Zeit, heißt es darin. ... Zu den Mängeln, die der Bericht auflistet, gehört auch der Umfang der Videoüberwachung. Während die Außenbereiche der neuen JVA Düsseldorf von 142 Kameras beobachtet würden, könnten die Frei- und Fassadenflächen der JVA Bochum „derzeit nicht bildüberwacht“ werden. Defizite haben die Experten auch bei Fahrzeugkontrollen erkannt. Sie würden häufig nicht in der vorgeschriebenen Weise mit Spiegeln untersucht. Als Sicherheitsrisiko wird auch die Besuchsabwicklung in



Offenbar war ein Informationsleck im NRW-Justizministerium dafür verantwortlich, dass vielen überregionalen Presseorganen der vertrauliche „Expertenbericht“ über die Sicherheitsstörungen in der JVA Bochum „zugeleitet“ wurde.

der JVA bewertet. Dabei gäbe es vielfältige Möglichkeiten, Drogen, Handys und Bargeld in die Anstalt einzuschleusen'. Den Bediensteten stellen die Experten kein gutes Zeugnis aus. Sie gingen oft zu lax mit möglichen Gefahren um. „So wurden bei einer Begehung Eisenstangen sichergestellt (...) und ungesicherte oder nur unzureichend gesicherte Leitern gefunden', heißt es in dem Bericht. Bei den Ausbrüchen ‚spielte die fehlende ständige und unmittelbare Beaufsichtigung eine mitentscheidende Rolle'. ... 'Die als Friseur eingesetzten Gefangenen bewegen sich in großen Teilen unbeaufsichtigt durch die Anstalt', berichten die Experten. Gerade sie würden jedoch die ‚Subkultur in der Anstalt' organisieren und für die Verteilung von Handys und Rauschgift sorgen. ... 'Die Empfehlungen der Expertenkommission sind zum Teil schon umgesetzt worden, teilweise dauert die Umsetzung noch an“, wird Justizminister **Kutschaty** von der **Rheinischen Post** zitiert. – Ob im vorliegenden Fall wohl die richtige Fassung der Expertise herangezogen worden ist? Die Frage erscheint berechtigt.

Haltener Zeitung

So weiß denn auch die **Haltener Zeitung** in ihrer Ausgabe vom 10. 5. d. J. zu berichten: „Lobend haben die sechs Gutachter in ihrem Bericht die Kooperationsbereitschaft und Aufgeschlossenheit der JVA-Mitarbeiter erwähnt. Vor dem Hintergrund der ‚maroden Infrastruktur' könne ihnen für ihre Arbeit ‚nur hoher Respekt' gezollt werden“. – Die Liberalisierung des Vollzuges, verbunden mit dem Ziel der Wiedereingliederung der Straftäter, macht die verantwortliche Einbindung der Gefangenen in die Geschehnisse des Alltagsablaufs – sei es im schulischen Bereich, im Arbeitsbetrieb oder während der Freizeitgestaltung – zwingend erforderlich. Das birgt allerdings auch Risiken. Wenn denen aber so rigoros begegnet werden



In den Beobachtungskanzeln wurden lose verlegte Elektrokabel beanstandet. Die Kabel waren bereits unmittelbar nach Fertigstellung provisorisch verlegt worden, um die Kanzeln überhaupt in Betrieb nehmen zu können, nachdem die Herstellerfirma in Konkurs gegangen war.



Die Bausubstanz der JVA Bochum stammt in wesentlichen Teilen aus dem 19. Jahrhundert. Die Verhältnisse sind derart beengt, dass die Einrichtung durch mehrere Pforten erschlossen werden muss, was an sich schon ein Sicherheitsrisiko darstellen kann.

soll, wie die Expertise es vermuten lässt, dann muss die Personaldecke sowohl in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes wie auch des Werkdienstes erheblich verstärkt werden. Andernfalls bleibt nur noch die Hinwendung zu nordamerikanischen Vollzugsverhältnissen.

westline

Ausweislich **westline** vom 12. Mai 2012 hat die Expertenkommission „... in 25 Punkten das Sicherheitsprofil der JVA Bochum“ untersucht, wobei in 11 Fällen die Sicherheitsanforderungen nicht erfüllt wurden. Dazu zählt u. a. die ungenügende Videoüberwachung und der Umstand, dass „die Topographie des Geländes ... den Bau eines Sicherheitszaunes in Verbindung mit der Umfahrung nicht zulasse. ‚Eine Versetzung der Umwehrungsmauern ist nicht möglich'. ... Die Expertenkommission ... hat in ihrem Abschlussbericht einen klaren Zeitrahmen für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen gesetzt. In den kommenden zwei Jahren soll das Gros der Maßnahmen umgesetzt sein.“ – Es wird das Geheimnis der „Experten“ bleiben, wie eine am Ende notwendige Generalsanierung der JVA Bochum in 2 Jahren abgewickelt werden soll.

Ruhr-Nachrichten

Die **Ruhr-Nachrichten** (überregionaler Teil) stellen in ihrer Ausgabe vom 11. Mai 2012 im Vorspann fest: „Die Justizvollzugsanstalt Bochum ist nach einem Expertenbericht in großen Teilen baufällig und weist erhebliche Sicherheitsdefizite bei Personal und Technik auf. ... Ein Sprecher des NRW-Justizministeriums bestätigte gestern, dass die ‚erfahrenen Gutachter' gravierende Sicherheitsmängel entdeckt hätten.

Zugleich gab er an, dass die jetzt an die Öffentlichkeit gelangte Version des Textes möglicherweise nicht die aktuelle Fassung des Gutachtens sei.“ – Das Vorliegen verschiedener Versionen der gutachterlichen Expertise kann sehr wohl Zweifel an deren Verlässlichkeit auslösen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)

In der **WAZ** vom 11. Mai 2012 wird u.a. ausgeführt: „Die Justizvollzugsanstalt Bochum ist nicht nur baufällig. Ausbrüche, auch von mehreren Gefangenen gleichzeitig, sind jederzeit möglich. Die Anstalt ist zudem einem ‚massiven

Befreiungsversuch' von außen ungeschützt ausgesetzt. ... Sie (die ‚Expertenkommission' – d. Red.) stellt fest, dass Bedienstete in allen Abteilungen ‚mit offensichtlicher Nonchalance' an das Thema Sicherheit herangehen. ‚Ein Umdenken ist dringend nötig'. ... Punkt für Punkt zerlegen die Experten den Anstaltszustand: In der JVA besteht danach an mehreren Stellen akute Brandgefahr durch offen liegende Kabel. ... Der Bericht löst in der Politik Entsetzen aus. CDU-Rechtsexperte **Peter Biesenbach** sagte der **WAZ**, er sei ‚erschrocken über die Aufsichtspflichtverletzungen', die dafür verantwortlich seien. Er forderte, die Experten sollten alle NRW-Justizvollzugsanstalten untersuchen: ‚Was haben eigentlich die regelmäßigen Revisionen gebracht? Haben die nur Kaffee getrunken?“, – Die Frage als solche wirkt zwar ketzerisch, aber sie ist erlaubt.

Dabei hätte der Parlamentarier **Peter Biesenbach** sich allerdings auch fragen müssen, wer denn für die Liquidierung der mittleren Entscheidungsebene im NRW-Strafvollzug – zuletzt das Landesjustizvollzugsamt in Wuppertal –, die über Jahrzehnte hinweg die Sicherheit und Organisation des Vollzuges vorbildlich gewährleistet und entwickelt hat, die Verantwortung trägt?

Bild-Zeitung

Natürlich darf die **Bild-Zeitung** in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Sie titelt unter dem 11. Mai 2012: „Expertenbericht deckt Mängel auf – Schon wieder Sicherheitslücken im Bochumer Pannen-Knast“. Und bezieht sich dabei zunächst auf Feststellungen der „**Rheinischen Post**“.

Alsdann verweist sie auf Feststellungen des kommissarischen Anstaltsleiters **Uwe Nelle-Cornelsen**, der sich für den Einbau weiterer Mangan-Hartstahlgitter und von zusätzlichen Schlössern aus-



MdB Peter Biesenbach (CDU), links, hat die Zustände in der JVA Bochum scharf kritisiert. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen befürchten, dass der Strafvollzug zum Spielball der politischen Auseinandersetzung wird. Rechts im Bild: MdB Christian Möbius (CDU).

spricht, gleichermaßen für stärkere Kontrollen und Durchführung von mehr Besuchen hinter Trennscheiben. Als dann wird Nelle-Cornelsen wie folgt zitiert: „Komplett kann kein Mensch Verstöße ausschließen. Wir können nur das Risiko minimieren. Bochum ist sicherer als je zuvor“. – Damit hat sich der kommissarische Anstaltsleiter der Realität des Vollzugsalltages gestellt. **Zugleich beweist er Führungsqualität**, wenn er seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter dem 11. Mai 2012 in einem persönlich gehaltenen Schreiben u. a. mitteilt:

„...Zusammenhanglos und ohne Kenntnis der Hintergründe werden nunmehr in teilweise verantwortungsloser Weise Details zu Sicherheitsfragen in der Presse behandelt. Hierbei wird zudem der Eindruck erweckt, dass viele Bedienstete ihren Dienst nicht in der geforderten Weise verrichten. Ich kann verstehen, dass diese Veröffentlichungen Sie nicht nur ärgern, sondern sich viele Kolleginnen und Kollegen öffentlich an den Pranger gestellt fühlen. Trotzdem bitte ich Sie, sich durch derartige, z. T. böswillige Veröffentlichungen nicht irritieren zu lassen, sondern

professionell weiter zu arbeiten. Ich habe Sie als sehr engagierte, motivierte, mitarbeits- und veränderungsbereite Mannschaft kennengelernt und dies auch bei jeder Gelegenheit kommuniziert.

Dies findet sich im Übrigen auch in dem Bericht der Ermittlungsgruppe, der mit folgenden Sätzen endet: ‚Angesichts der aufgezeigten Rahmenbedingungen, insbesondere des schlechten baulichen Zustandes eines Großteils des Haftbereiches, der maroden Infrastruktur und trotz des Umfangs der gemachten Feststellungen kann der Mitarbeiterschaft, insbesondere den Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes, nur hoher Respekt für die tägliche Aufgabenerledigung gezollt werden.‘ Dem ist nichts hinzuzufügen.‘



Es gibt es durchaus effektive Möglichkeiten, eine Vollzugseinrichtung zu sichern. Wenn Unterkunftsgebäude jedoch unmittelbar an die Umwehrungsmauer stoßen, wird die Sicherheitstechnik faktisch ausgehebelt.

Und wie geht es künftig weiter?

Eine solche Erklärung hätte auch dem „hohen Hause am Martin-Lutherplatz in Düsseldorf“ gut zu Gesicht gestanden. Stattdessen verbirgt man sich hinter der „Expertengruppe“. Diese hat sich in ihrer Expertise wohl auch zu ihrem Verhältnis zum zwischenzeitlich abgelösten Anstaltsleiter **Friedhelm Ritter von Meißner** geäußert.

So ist in den *Ruhr-Nachrichten* (überregionaler Teil) vom 11. Mai 2012 u. a. nachzulesen: „... Scharfe Kritik übt die Kommission am inzwischen suspendierten Anstaltsleiter. Trotz mehrerer Gefangenenausbrüche habe er die weitreichende Erfahrung der Kommissionsmitglieder nicht genutzt und signalisiert, dass Beratung von außen nicht nötig sei.“ – Aus der Sicht eines erfahrenen Anstaltsleiters ist diese Auffassung zumindest verständlich. Folgt man den diversen Pressemitteilungen, stellt sich die zudem Frage, ob die zweifellos vorhandenen Sicherheitsrisiken im Hinblick auf das Sicherheitskonzept der Vollzugseinrichtung nicht in dem ein oder anderen Fall deutlich überzeichnet wurden?

Anspruch auf die Offenlegung der erhobenen Vorwürfe

Die Veröffentlichung der Expertise (Endfassung!) in Fachkreisen des Vollzuges dürfte jedenfalls zur Klärung dieser und anderer strittiger Fragen beitragen und auch Hinweise im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten für die festgestellten Sicherheitsrisiken geben. Die Kolleginnen und Kollegen der JVA Bochum haben einen moralischen Anspruch auf Offenlegung der gegen sie erhobenen Vorwürfe, damit sie diese gemeinsam mit ihrer Interessenvertretung inhaltlich und im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten prüfen können. Geheimnisverrat ist aufgrund des „Lecks“ im NRW-Justizministerium wohl nicht mehr zu befürchten, nachdem das „Papier“ offensichtlich allen überregionalen Medien im Wortlaut vorzuliegen scheint. Dem *BSBD* ist sehr daran gelegen, auch öffentlich darzulegen, dass sich die gravierenden baulichen Mängel und die Unzulänglichkeiten der spezifischen Sicherheitsarchitektur der JVA Bochum nicht über Nacht und unvorhersehbar wie ein Naturereignis eingestellt haben.

Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-nrw.de

Nachruf

Am 18. Mai 2012 ist nach kurzer, schwerer Krankheit unser verehrter Kollege,

Verwaltungsbeschäftigter

Erwin Rosengart

im Alter von 59 Jahren weit vor der Zeit von uns gegangen.



Als tatkräftiger, engagierter Gewerkschafter hat Erwin Rosengart in den zurückliegenden Jahrzehnten eine schlagkräftige, durchsetzungsfähige Interessenvertretung für die Beschäftigten des Strafvollzuges aufgebaut. Dem Verstorbenen war die Entwicklung des Vollzuges und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Strafvollzugsbediensteten ein erkennbar persönliches Anliegen. Als Tarifvertreter hat er sich um die Durchsetzung vollzugsspezifischer Anliegen herausragende Verdienste erworben.

Mit seiner Fachkompetenz hat Erwin Rosengart die Gewerkschaftsarbeit des BSBD bereichert. Als stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrats Justizvollzug beim Justizministerium des Landes NRW hat der Gewerkschafter

hohen Respekt von den Kolleginnen und Kollegen erfahren. Mit seinem Wirken und seinem Eintreten für den Strafvollzug und dessen Bedienstete hat sich Erwin Rosengart große Verdienste um unser Gemeinwesen erworben. Der BSBD verliert mit Erwin Rosengart einen erfahrenen, kampferprobten Streiter für unsere gemeinsamen Interessen, der sich gerade erneut als einer der Spitzenkandidaten für die Personalratswahl 2012 zur Verfügung gestellt hatte.

Bestürzt, betroffen und voller Trauer nehmen wir Abschied von einem weitsichtigen, fachkompetenten Ratgeber, einem engagierten, durchsetzungsfähigen Gewerkschafter, einem allseits hochgeschätzten Kollegen, der in der Blüte seiner Jahre aus dem Leben gerissen wurde.

Wir trauern mit den Angehörigen um einen verdienten, verehrten Kollegen, um einen mitfühlenden, verständnisvollen, lieben Menschen, der vielen von uns freundschaftlich verbunden war.

Wir werden unserem Kollegen Erwin Rosengart ein ehrendes und uns allzeit verpflichtendes Andenken bewahren.

**Für den
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Landesverband Nordrhein-Westfalen**

**Peter Brock
Landesvorsitzender**



Ein großes Starterfeld stellte sich der sportlichen Herausforderung (linkes Bild). Sie waren für die JVA Bielefeld-Senne erfolgreich am Start: Von links: Daria Slotwinski, Lars König, Stephan Busch, Achim Schöning, Sophie Masuch und Ariane Weisser.

JVA Bielefeld-Senne

Firmenlauf bringt Tempo in den Kurpark

Keine Spur von Beschaulichkeit strahlte der Bad Salzflur Kurpark am 11. Mai 2012 aus, als sich 2.320 Teilnehmer aus 176 Firmen daran machten, den 3. AOK-Firmenlauf zu bewältigen. Die Veranstalter von AOK und Laufladen „Endspurt“ meldeten einen neuen Teilnehmerrekord. Wegen des großen Andrangs gingen die Sportler nacheinander in vier Blöcken an den Start.

Insgesamt 378 Teams hatten eine 5,5-Kilometer-Runde durch Kurpark und Landschaftsgarten zu absolvieren. Neben Ärzten, Grundschullehrern, Ingenieuren und Mitarbeitern der Stadtwerke Salzu-

flen hatte es sich auch eine paritätisch besetzte Laufgruppe der **JVA Bielefeld-Senne** zur Aufgabe gemacht, diese Fitnessprüfung zu bestehen. Die meisten Kolleginnen und Kollegen gingen mit

der Zielvorstellung an den Start, ein den spezifischen persönlichen Fähigkeiten entsprechendes Resultat zu erzielen. Jeder hatte sich deshalb sein persönliches Ziel gesetzt. Einige waren an der Verbesserung ihrer persönlichen Bestleistung interessiert, andere wollten ihre Form überprüfen, während wieder andere einfach die Beendigung des Laufes anstrebten.

Nachdem die Streckenführung beschrieben war, fiel um 18.30 Uhr der

Startschuss. Ab jetzt war jeder auf sich allein gestellt. Bei der großen Zahl von Teilnehmern war anfängliches Gedränge nicht zu vermeiden. Doch nach 500 Metern zogen sich das Läuferfeld und das sich anschließende Heer der Walker bereits auseinander. Um die Schönheit der Natur im Kurpark zu bewundern, fanden die Läuferinnen und Läufer allerdings nur wenig Zeit. Jeder war vielmehr damit befasst, sich sein Stück Strecke zu erkämpfen und das individuell richtige Tempo zu finden. Jeder Streckenkilometer war auffällig gekennzeichnet, um jedem Läufer die Orientierung zu ermöglichen. Die Bodenbeschaffenheit bereitete den Läufern keine großen Probleme, schwieriger war es da, das individuell richtige Tempo zu finden. Der unvermeidliche Kräfteverschleiß sorgte dafür, dass sich zügig die Spreu vom Weizen trennte. Die Verhältnisse erwiesen sich zudem als äußerst selektiv. Die Laufgruppe der JVA Bielefeld-Senne erwies sich als fit und gut trainiert, so dass man sich stets im ersten Drittel des Starterfeldes aufhielt.

Imponierende Bilder boten sich dem Betrachter auf der Zielgeraden, wo sich zahlreiche Zuschauer eingefunden hatten, um den Athleten ihre Referenz zu



Einen nicht unwesentlichen Beitrag zum erfolgreichen Auftreten der Laufgruppe leistete der BSBD-Ortsverband, indem er die Trikots sponserte. Von links: OVV Ulrich Biermann, Lars König, Gabriele Braunwarth und Bernhard Grimmert, stv. OVV.

erweisen. Gekämpft wurde um jede Platzierung. In Sichtweite des Zieles wurden die letzten Kräfte mobilisiert, um sich im Endspurt noch um den einen oder anderen Platz zu verbessern. Das gemischte Team aus **Bielefeld-Senne** konnte sich

im vorderen Drittel aller Mannschaften platzieren. Nach ausgiebiger Entspannung machten sich die Kolleginnen und Kollegen durchaus mit einem gewissen Stolz auf die eigene Leistung auf den Heimweg.

Das aktuelle Thema von Wilhelm Bokermann



ESM - Europäischer Stabilitätsmechanismus:

Mit der Zauberformel „ESM“ auf der Fahrt in den wirtschaftlichen Abgrund?

Spätestens am Ende dieses Monats will der Deutsche Bundestag den umstrittenen Gesetzentwurf (17/9045) „Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)“ und den Gesetzentwurf (17/9048) „ESM-Finanzierungsgesetz“ verabschieden. In der Begründung heißt es unter anderem: „Der ESM soll ab Juli 2012 den Mitgliedstaaten des EURO-Währungsgebiets Stabilitätshilfen zur Verfügung stellen können, wenn es zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt und seiner Mitgliedsstaaten unabdingbar ist.“ Im Klartext heißt das, der ESM wird zunächst mit einem Stammkapital von 700 Milliarden EURO ausgestattet; davon sollen am Anfang 80 Milliarden EURO in bar eingezahlt werden. *Der deutsche Anteil beträgt 21,72 Milliarden EURO an Bareinlagen und 168,3 Milliarden EURO an abrufbarem Kapital. Dies ist das finanzielle Risiko, für das der deutsche Steuerzahler geradezustehen hat, ohne dass der Bundestag dann noch über ein Veto-Recht verfügt. Die in diesem Haushaltsjahr fällige Barzahlung soll durch einen ebenfalls schuldfinanzierten Nachtragshaushalt in Höhe von etwa 8,4 Milliarden EURO bereitgestellt werden.*

Mit dem ESM-Vertrag wird einer kleinen Gruppe von Personen, dem aus den Finanzministern der Euro-Mitgliedstaaten bestehenden „Gouverneursrat“, eine praktisch kaum kontrollierbare, politische und finanzielle Machtfülle übertragen.

Einer der wortgewaltigen Kritiker dieses Vorhabens, der österreichische Ökonom **Friedrich Romig**, der 1967 bis 1968 an der RWTH Aachen lehrte, be-

zeichnete diese Entwicklung als „**Putsch durch eine neue Art eines Ermächtigungsgesetzes**“. Derzeit steht zur Rettung der Staaten der Währungsunion nur der **EFSF** (der erste EURO-Rettungsfonds) zur Verfügung. Er kann noch auf Mittel von etwa 240 Milliarden EURO zurückgreifen. 200 Milliarden EURO sind bereits für diverse Rettungsprogramme ausgezahlt worden. Die Geldsummen wurden den Haushalten entzogen oder

über Schulden finanziert, die bei dem sogenannten „kleinen Mann“ – und wohl nicht nur bei ihm – zu Recht Zukunftssängste auslösen können. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die bereits ausgezahlten Rettungsgelder des **EFSF** im Fall eines Euroaustritts oder einer Staatspleite Griechenlands unwiederbringlich verloren wären. Anders als die **EZB** und der **IWF** hat der **EFSF** dann keinerlei Möglichkeiten, das Geld



Der Europäische Stabilitätsmechanismus kann Deutschland an den Rand seiner finanziellen Leistungsfähigkeit bringen.

nach einem Staatsbankrott von Griechenland zurückzufordern.

Permanenter Rettungsschirm im Juli 2012 installiert?

Die Europäische Union hat den Starttermin für den permanenten Europäischen Rettungsschirm ESM nach derzeitigem Informationsstand auf den 9. Juli dieses Jahres festgelegt. Das größte Risiko, so heißt es seitens der EU-Kommission, sei die noch ausstehende Zustimmung durch den Deutschen Bundestag. Man setzt auf die deutsche Regierungschefin **Angela Merkel** (CDU) und hofft, dass sie die erforderlichen Mehrheiten zusammenbringt. **Merkel** will den **ESM** und den **Fiskalpakt** so schnell wie möglich „unter Dach und Fach“ bringen, weil sie im **ESM** das wichtigste Rettungsinstrument für den **EURO** sieht.



Bundeskanzlerin Angela Merkel kämpft um eine Mehrheit für den ESM-Rettungsschirm.

Die Eile ist augenfällig und sorgt im konservativen Lager für die Befürchtung, dass über den EURO eine Entwicklung hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ eingeleitet werden könnte. Dabei würde Deutschland wohl vorrangig als Zahlmeister benötigt. Für die Festlegung von Gestaltungsprinzipien wird es wohl nicht gebraucht. Eine solche Entwicklung hätte zwangsläufig die Aufgabe wesentlicher nationaler Interessen zur Folge!

Wie aber werden sich unsere Parlamentarier verhalten, die doch gelobt haben, „Schaden vom Deutschen Volke abzuwenden“? Vereinzelt regt sich bereits Widerstand. Aber, so die **FAZ**, „die Gruppe der Neinsager will einfach nicht grösser werden“.

Da ist ein Häuflein von zehn tapferen Abgeordneten - angeführt von **Klaus-Peter Willsch** (CDU) und **Frank Schäffler**

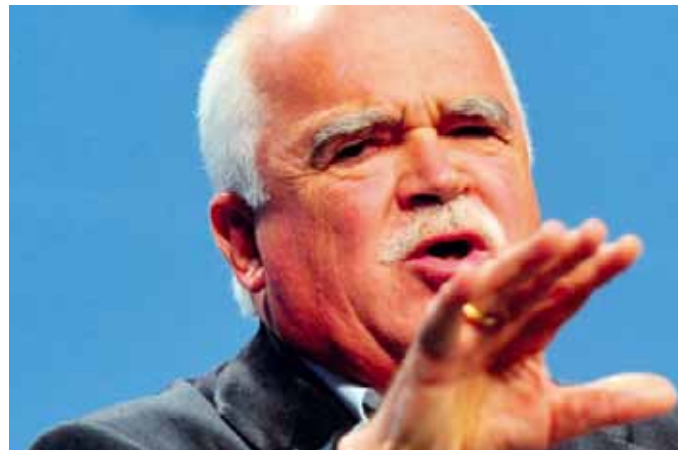
(FDP), die Widerstand leisten. Das wird aber wohl nicht reichen, um die finanziellen Risiken von Deutschland abzuwenden.

Widerstand und Protest

Gleichwohl sind sie nicht die einzigen Widerständler. Da ist z. B. noch MdB **Peter Gauweiler** (CSU), der kürzlich laut **Focus** in einer Fraktionssitzung die Euro-Rettungspolitik als „Finanzdiktatur“ kritisiert und die Informationsveranstaltungen der Fraktion zum Europäischen Stabilitätsmechanismus als „Nachmittagsunterricht für schwer erziehbare Mandatsträger“ verspottet haben soll. Dem Bericht nach meldete sich Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) zu Wort und meinte, er könne es nicht ausstehen, wenn nach Mehrheitsentscheidungen einige wenige noch immer nach neuen Sonderwegen suchten.

Wie aber verhalten sich die Wähler? Von ihnen droht den Regierenden offenbar erst dann Gefahr, wenn die deutschen Niedrigzinsen für Staatsanleihen die millionenfach verkauften privaten Lebens- und Rentenversicherungen „verdorren“ lassen. Wie sagte doch MdB **Frank Schäffler**: „Der Lebensversicherungskunde bezahlt die EURO-Rettung“. Und der die EURO-Bonds befürwortende Wirtschaftswise **Peter Bofinger** bringt es so auf den Punkt: „Der Sparer wird rasiert“. Und so wird es wohl kommen. Erst dann, wenn die Renditen unter die Inflationsrate sinken und die Auszah-

lungen



MdB Peter Gauweiler (CSU) kritisiert die Euro-Rettungspolitik der Regierung scharf.

lungszusagen der Versicherer deutlich reduziert werden müssen, werden die deutschen Wähler wach. Dann wird es aber zu spät sein; dann wird Sparern und Versicherten bewusst werden, dass sie vom Parlament brutal „enteignet“ worden sind. Natürlich gibt es weitere Warner, der Protest wird langsam lauter. Da sind u. a. der Bundesvorsitzende der *Freien Wähler*, **Hubert Aiwanger**, der Präsident des *Bundes der Steuerzahler in Bayern*, **Rolf von Hohenau**, **Beatrix von Storch** von der *Zivilen Koalition* zu nennen, die jüngst erst eine Demonstration in München durchgeführt haben, die von einer vielfach „gleichgeschalteten“ Presse allerdings keine mediale Aufmerksamkeit erhielt. Der *Freie-Wähler*-Chef **Hubert Aiwanger** fasste seine Fundamentalkritik so zusammen: „Freies Risiko, aber haften sollen andere, das ist Kommunismus“. Die Politik von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) bezeichnete er als „DDR-Politik“.

Gilt der Maastricht-Vertrag eigentlich noch?

Hubert Aiwanger forderte die Parlamentarier zur Beachtung des Maastricht-Vertrages auf, der ausdrücklich vorsieht, dass jedes Mitgliedsland für seine Schulden selbst aufzukommen hat. **Beatrix von Storch** (*Zivile Koalition*) berichtete zudem, der frühere Präsident der Europäischen Zentralbank, **Jean-Claude Trichet**, habe ihr erklärt, dass es „vorrangiges politisches Ziel sei, die Kompetenzen der



Ende Juni 2012 wird über den Stabilitätsmechanismus abgestimmt.

Nationalstaaten, ihrer Parlamente und Verfassungen nach und nach an die EU abzugeben“. Der ganze Rettungsschirm sei nichts anderes als ein „Putsch der **EU-Bürokraten**“, kritisierte **von Storch**.

Die Themen dieser „Widerständler“ sind in der Tat hoch brisant. In Griechenland und Spanien stehen die Banken unter Druck. In die spanischen Bauruinen sind deutsche Banken laut *RTL* mit mehr als 100 Mrd. Euro investiert! Und offenbar besitzen auch Frankreichs Banken spanische Schuldverschreibungen, denen der Totalausfall droht. Daneben gilt auch der französische Immobilienmarkt im europäischen Vergleich inzwischen als der am stärksten überbewertete Markt.

Unsere Bundeskanzlerin will dagegen sparen und unsere Nachbarn ebenfalls von dieser Tugend überzeugen. Das sehen aber die Sozialisten in Frankreich und Griechenland anders. Das „Sparen“

gilt zwischenzeitlich als offiziell beendet und „Wachstum“ wird als Weg aus der Krise propagiert. Laut *Welt-Online* ist der vormalige Ministerpräsident Italiens, **Berlusconi**, noch deutlicher geworden: „Wir müssen nach Europa gehen und mit Macht erklären, dass die **EZB** endlich anfangen muss, Geld zu drucken. Andernfalls müssen wir die Kraft besitzen, ‚ciao, ciao Euro‘ zu sagen, oder Deutschland zu sagen, es solle aus dem EURO aussteigen, wenn es nicht einverstanden ist“. Man sollte dabei nicht übersehen, dass **Berlusconi**s Partei die größte im italienischen Parlament ist. Ob die deutsche Bundeskanzlerin diese Töne wohl vernommen hat?

Und noch einer hat sich zu Wort gemeldet: **Joschka Fischer**, ehemaliger deutscher Außenminister. Er plädiert dafür, dass Deutschlands ‚Macht und Wohlstand‘ zur Rettung der Europä-



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht sich von Kritikern des ESM-Rettungsschirms belästigt.



Silvio Berlusconi, ehemaliger italienischer Regierungschef, empfiehlt Deutschland die Euro-Zone zu verlassen, wenn es keine Transferunion will.



Thilo Sarrazin hat die Diskussion mit seinem neuen Buch angestoßen und meint, wir brauchten den Euro nicht, um mit unseren Nachbarn friedlich zusammen zu leben.

ischen Union eingesetzt werden sollten. ... Deutschland solle seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der EURO-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt sollte die EZB künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen.

Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds ‚europäisiert‘ werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des EURO und der totale Niedergang des Kontinents.

Die Wahrheit aus der Sicht namhafter deutscher Wissenschaftler zum drohenden EURO-CRASH

Das sieht der Frontmann der österreichischen FPÖ, **Strache**, allerdings gänzlich anders. Er lehnt die Vergesellschaftung von Schulden der Staaten der Euro-Zone strikt ab und fordert zudem eine tiefgreifende Änderung der EU-Verträge. „Eurobonds sind ein weiterer Schritt hin zu einer Transferunion, in der Staaten wie

Spanien, Italien und Griechenland weiterhin Schulden auf Kosten anderer machen können“. Zahlreiche deutsche Volks- und Finanzwirtschaftler haben warnend ihre Stimme erhoben und erläutert, was bei einem EURO-Crash auf die Deutschen zukommen würde.

Da ist **Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider**, für den die EURO-Rettungspolitik ein milliardenschweres Unrecht ist, das gegen Verträge und Verfassung verstößt. Die Rechtswidrigkeit gleiche einem Staatsstreich der politischen Klasse und jeder Deutsche habe nicht nur das Recht, sondern **die Pflicht, Widerstand zu leisten**.

Prof. Dr. Wilhelm Hankel liefert ebenfalls ein flammendes Plädoyer für den Erhalt der deutschen Marktwirtschaft und des deutschen Wohlstandes. Der EURO habe **Deutschland zum Zahlmeister Europas** gemacht. Doch jetzt drohe uns selbst die Pleite. Der renommierte Währungsexperte widerspricht zudem der Mär, ‚Deutschland sei der größte Profiteur der Währungsunion‘. **Dr. Bruno Bandulet** deckt die Hintergründe der Einführung des Euro auf. Er kritisiert, dass **Helmut Kohl** im Zuge der Wiedervereinigung **die Deutsche Mark opferte und die Bundesbank entmachtet habe**.

Und dann ist da noch **Thilo Sarrazin**, Ex-Bundesbankvorstand und SPD-Parteimitglied, der ein neues Aufreger-Buch mit dem Titel „Europa braucht den Euro nicht“ geschrieben hat. Und am 20. Mai dieses Jahres hatte er im Streitgespräch

mit MdB **Peer Steinbrück** (SPD) in der ARD-Sendung „Günther Jauch“ Gelegenheit, seine Thesen zu vertreten.

Und er stahl dem möglichen SPD-Kanzlerkandidaten vielfach nicht nur die Schau, sondern widerlegte zugleich das berühmt-berüchtigte Merkel-Schlagwort: „Scheitert der EURO, so scheitert Europa“. – Eines der Zitate aus Sarrazin’s Buch lautet: „Die Vorteile, die wir durch den EURO gehabt haben, sind Scheinvorteile gewesen!“ Deutschen Wohlstand und Aufschwung hätte es auch ohne den EURO gegeben. **Man habe mit dem EURO die politische Union erzwingen wollen**. „Wenn geplant war, den EURO als ‚Band der europäischen Völker‘ zu benutzen, das den Zusammenhalt fördert, so ist genau das Gegenteil eingetreten“.

Auch wenn man nicht in allen Punkten mit **Tilo Sarrazins** Auffassung von den Dingen übereinstimmen muss, so muss man ihm dafür dankbar sein, dass er die so bitter notwendige öffentliche Diskussion über den EURO und über Deutschlands ganz spezielle Rolle in diesem merkwürdigen Spiel in Gang gesetzt hat. „Die Massenmedien verschweigen **Sarrazin** seit dieser Sendung nicht mehr, sondern müssen sich mit dessen ‚umstrittenen‘ Thesen auseinandersetzen, die beim Wahlvolk durchaus die Chance haben, mehrheitsfähig zu werden.“

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun überrascht oder vielleicht auch ein wenig bestürzt fragen: Was kann oder soll ich denn tun?, dann kann ich Ihnen nur raten, wenden Sie sich mit Ihren Bedenken und Befürchtungen an Ihre Bundestagsabgeordnete oder ihren Bundestagsabgeordneten, um ihm Ihre Sicht der Dinge zu verdeutlichen.

Über eines dürfte nämlich Klarheit herrschen, wenn das Wahlvolk über den **Europäischen Stabilitätsmechanismus** direkt abstimmen könnte, würde die Bundesregierung wohl ohne Mehrheit dastehen.

Kleine Weisheiten

Das Glück

„Alle Gelegenheit, glücklich zu werden, hilft nichts, wenn einer den Verstand nicht hat, sie zu benutzen. Das ist fürwahr ein Satz mit Gewicht. Er spricht erstens davon, dass es Gelegenheiten gibt, glücklich zu werden, Chancen, die genutzt werden wollen und müssen. Glück ist also nichts, was



einfach zufällig über uns hereinbricht. Glück ist machbar. Und darum, heißt es zweitens, klug und mit Sachverstand die Gelegenheit zu nutzen, wenn sie sich bietet.“

Johann Peter Hebel (1760-1826), deutschsprachiger Dichter, evangelischer Theologe und Pädagoge

Das Original

Sei du selbst! Ein Original ist immer besser als jede Kopie!
Gudrun Zydek, dt. Schriftstellerin, Lyrikerin u. Aphoristikerin

